

DEUTSCHER FEUERWEHRVERBAND e.V.
Reinhardtstraße 25 · 10117 Berlin

Bundeskanzleramt
Expertenrat der
Bundesregierung zu COVID-19
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Zur Mitkenntnis:
Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat
Bundesministerium für Gesundheit

Per E-Mail: poststelle@bk.bund.de
poststelle@bmi.bund.de
info@bmg.bund.de

Berlin, den 21.12.2021

COVID-19

Sehr geehrte Damen und Herren,

bundesweit rund 1,3 Mio. Feuerwehrangehörige, vertreten durch den Deutschen Feuerwehrverband e.V. (DFV), bilden gemeinsam mit anderen Hilfsorganisationen die mit Abstand tragfähigste Säule der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr in Deutschland.

Ihrer ersten Einschätzung nach können aufgrund der sich schnell verbreitenden Omikron-Variante die nächsten Wochen und Monate fatale Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft Kritischer Infrastrukturen und damit auch der Feuerwehren haben. Die hier zu erwartenden Infektionsübertragungen werden auch bei den Feuerwehren zu unvermeidlichen Ausfällen führen.

Eine bisher bundesweit sehr heterogen praktizierte Verfahrensweise stellt jedoch ein mindestens ebenbürtiges Ausfallrisiko dar: Die Quarantänisierung von (möglichen) Kontaktpersonen, die je nach örtlich zuständigem Gesundheitsamt, individuell hinsichtlich Einstufung und Dauer von häuslichen Absonderungen und Freitestungen gehandhabt wird.

Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 25
10117 Berlin
Telefon
(030) 28 88 48 8-00
Telefax
(030) 28 88 48 8-09
E-Mail
info@dfv.org
Internet
www.feuerwehrverband.de

Diese teils sehr unterschiedliche und vor allem hinsichtlich systemkritischer Personenkreise undifferenzierte Einschätzung, oft auf sachbearbeitender Ebene der ohnehin überlasteten Gesundheitsämter, wird in der bisher praktizierten Form erhebliche und vor allem vermeidbare Ausfälle gesellschaftlich dringend benötigter Zielgruppen mit sich bringen.

Wir wenden uns als Dachverband der deutschen Feuerwehren daher eindringlich mit der Bitte an Sie, mit Ihrem Mandat auf bundeseinheitliche Quarantäne- und Freitestungsregelungen hinzuwirken, die für Angehörige von Gefahrenabwehrorganisationen als festgestellte Kontaktpersonen unter medizinisch vertretbaren Gesichtspunkten nicht zwingend erforderliche häusliche Absonderungen wirksam vermeiden.

Sie weisen völlig zurecht darauf hin, dass eine „umfassende Kommunikationsstrategie mit nachvollziehbaren Erklärungen der neuen Risikosituation und der daraus folgenden Maßnahmen [...] essentiell“ sei. Diese aus unserer Sicht dringliche Maßnahme gehört auf jeden Fall mit dazu.

Der Vollständigkeit halber möchten wir auch die bereits im letzten Jahr vereinzelt praktizierte, bevorzugte Kinderbetreuungsmöglichkeit für KRITIS-Personal wieder in die Diskussion bringen, angesichts der zu erwartenden Szenarien jedoch nicht nur als kommunales Angebot auf Freiwilligkeit, sondern als ebenfalls bundeseinheitlich priorisierte Entlastung für systemrelevante Aufgabenträger und deren Familien.

Wir hoffen, dass Sie unser Anliegen mit dem Ziel einer höheren Ausfallsicherheit der Gefahrenabwehr unterstützen und stehen Ihnen gerne für einen weiteren Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Heinz Banse
Präsident